

Bezugspreis:
Niedrigste 4,50 RM. monatlich 1,50 RM.
frei ins Haus, voraussetzbar. Einzelne
Nummern 10 Pf. Vorbezug: Monats-
lich 1,50 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.- RM. für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Preis
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Einsendungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. Eingetragene in die
Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Erscheinung täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 24. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vor der Kanzlerrede.

Heute nachmittags um 3 Uhr wird der Reichskanzler Graf Hertling im Hauptauschuß endlich seine lang erwartete Rede halten. Man erwartet, daß er sich über die Aussichten des Friedens im Osten aussprechen und sich mit der neuen Friedensbewegung des Westens, die auch in der veränderten Stellungnahme Wilsons und Lloyd Georges zum Ausdruck kommt, auseinandersetzen wird. Es wird ihm wohl auch nicht möglich sein, die neue Wendung in der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns außerhalb seiner Betrachtungen zu lassen, da sie jedenfalls in der folgenden Debatte eine sehr große Rolle spielen wird.

Von einem so geschulten Staatsmann wie dem Grafen Hertling erwartet man keine groben Ungeheuerlichkeiten, wie man sie unter einem kurzfristigen früheren Regime in jedem Augenblick befürchten mußte. Viel eher ist zu besorgen, daß der diplomatische Vorbedacht und die staatsmännische Abgewogenheit, die das Wesen des gegenwärtigen Reichskanzlers ausmachen, zu einer Verwaschenheit seiner Erklärungen führen könnten, die schließlich keinen befriedigt. Es ist die Gefahr des Grafen Hertling, daß er in großen Dingen schief sein will. Nur wenn er heute eine vollkommen klare nicht mißverständliche Sprache spricht, wird man ihn zu den Staatsmännern großen Stils rechnen dürfen.

Graf Hertling ist in der letzten Zeit in der Presse, und sicherlich nicht bloß dort, von den verschiedensten Seiten befeuert worden, dies oder das zu sagen. Wodurch die künftige Stellung der Sozialdemokratie zu seiner Regierungspolitik abhängt, darüber muß er sich nach den ungewissen Erklärungen, die in der letzten Zeit abgegeben worden sind, vollkommen klar sein. Die Entscheidung über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu dem künftig einzuschlagenden Regierungskurs kann nicht mehr vertagt werden, sie fällt mit der Rede des Reichskanzlers selbst.

In der folgenden Debatte wird für die Sozialdemokratie Genosse Scheidemann das Wort ergreifen.

Sindenburg und Ludendorff waren gestern in Berlin und sind wieder ins Hauptquartier zurückgekehrt.

Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen!

Das Toben der Kriegstreiber.

Die Vorgänge der letzten Tage — der österreichische Streik, die „Vorwärts“-Angelegenheit und ihre Besprechung im Hauptauschuß — haben die alldeutsch-konservative Presse in einen Zustand der Raserei veretzt. In unverständlicher Weise gibt sie ihrer Mut Ausdruck über die Entschiedenheit, mit der sich die sozialdemokratischen Redner im Hauptauschuß für den „Vorwärts“ einsetzen und über die Tatsache, daß unser Blatt wieder erscheinen kann. Die „Kreuzzeitung“ möchte deswegen die Genossen Ebert und Scheidemann sogar auf den Sandhaufen stellen und standrechtlich erschließen lassen. Sie schreibt:

Der Abgeordnete Scheidemann ließ drohend: „Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen.“ und: „Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht auf den Gedanken kommt, daß erst andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann.“ Der „Vorwärts“ ist dann auch heute früh pünktlich wieder erschienen, obwohl er ursprünglich auf drei Tage verboten war. Die Sozialdemokratie und ihre Sprecher Ebert und Scheidemann werden nicht laugnen wollen, daß sie mit ihren Worten offen mit dem Streik nach österreichischem Muster gedroht haben. ... Der Streik in Oesterreich hat sich mit in erster Linie auf die Munitionsfabriken und sonstigen Stätten der Rüstungsindustrie erstreckt. Alle Welt weiß aber, welche Bedeutung heute die Munition und die sonstige technische Ausrüstung einer Truppe für den Ausgang des Kampfes haben. Wer sie beeinträchtigt, macht die Kämpfer im Schützengraben mehr oder minder wehrlos und liefert so dem Feinde auf die denkbar wirksamste Art Vorschub. Es gibt kaum eine krasser Form des Hochverrats. Und

von Rechts wegen gehören die Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen.

Ähnliche Töne schlugen die Schwerindustriellen „Berl. Neuesten Nachrichten“ an:

Scheidemann ... erzwingt die Aufhebung des Verbots des „Vorwärts“ durch die Drohung, daß die Arbeiterschaft sonst auf den Gedanken kommen könne, daß erst andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann.“ Weiter stellte der „Vorwärts“ ausdrücklich fest: „Wenn die Arbeiter drüber beginnen, international zu denken und zu handeln, so werden sie bald bemerken, daß die deutschen Arbeiter nicht weniger international sind, als sie selbst.“

Denklicher als hier kann unserer Reichsregierung nicht gedroht werden. Schon bisher hat sie es nicht daran fehlen lassen, den internationalen Sozialdemokraten immer wieder die Ueberzeugung zu säen, daß sie ihre Ziele durch Drohungen erreichen. In Wien haben die führenden Männer nichts Drückeres gewagt, als vor der „Macht der Arbeiterklasse“ zurückzuweichen. ... Die österreichischen Genossen jubeln über ihren Sieg.

Ein Beispiel, vor dem das Schwarzmaierblatt die deutsche Regierung warnen zu müssen glaubt. „Zimmer feste drauf!“ ist ja die alte Losung dieser Herrschaften auch nach innen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ stimmt in den Tönen über die „sozialdemokratische Drohpolitik“ ein und verlangt, daß „dem unerhörten Treiben der Sozialdemokratie ein festes Halt geboten“ werde. „Schon“ äußert sich die „unabhängige Nationalkorrespondenz“, die dabei das schöne Schlagwort von der „inneren Grenzsicherung“ erfindet, die natürlich erst möglich wird durch einen geschmetternden Sieg über den inneren „Feind“.

Es ist Zufall, daß der „Vorwärts“ die revolutionäre Sache gerade jetzt wieder bis zu seiner Siebzigste treibt, die ihm ein neues, dreitägiges Verbot eintrug? Selbst das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das noch als eines der gemäßigteren Organe dieser Partei gelten kann, ließungelb bereit offen mit dem lauberräterischen Gedanken, nach der Methode von Wien die international-revolutionären Zwecke zu fördern auf Kosten des Sieges, des Sicherungsfriedens und des arbeitenden Volkes. Es ist danach klar, daß die Her-

stellung der inneren Grenzsicherung auch für das Deutsche Reich eine ebenso brennende Lebensfrage ist, wie die Schaffung des äußeren Grenzschildes.

Den tieferen Sinn dieses an sich ja etwas unsinnig anmutenden Treibens enthüllt erst das schwerindustrielle Biermilionen-Blatt Berlins, das Organ der Aldeutschen, die „Deutsche Zeitung“:

Die Lösung: Was von der Sozialdemokratie! schafft klare Verhältnisse. Sie gewährt die Möglichkeit einer Loslösung großer Teile unserer Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Führerschaft. Sie macht unserer Regierung die Hände wieder frei für die weiteren Friedensverhandlungen in Brüssel, und läßt sie von den Besessenen der widersinnigen Formel der Selbstbestimmung der Völker, die sie sich doch nur der Sozialdemokratie zu Gefallen hat anlegen lassen. Diese Lösung erschließt den Weg zu einer neuen Regierungsmehrheit, die die seither abseits stehenden Parteigruppen auf der rechten Seite unmittelbar bei der Entscheidung der Aufgaben der nächsten Zeit mitwirken läßt. Sie gewährt auch Handlungsfreiheit, um die Wahlrechtsfragen in Preußen in erspriechlicher Weise zu erledigen und aus dem mit der Sozialdemokratie vereinbarten Regierungsprogramm solche Stücke, die der Sozialdemokratie zuliebe ausgespart worden, auszuschalten, wie vornehmlich die Aufhebung des § 152 der Reichsgewerbeordnung, welche Aufhebung doch nichts anderes bewirken könnte als die Legalisierung des sozialdemokratischen Streikverbotens und Koalitionszwanges. Was von der Sozialdemokratie! Das ist endlich die rechte Lösung, die zum deutschen Macht-, Sieges-, Ehre- und Sicherungsfrieden führen kann.

Um dies alles zusammenzufassen: Ebert und Scheidemann sollen erschossen werden und der „Vorwärts“ soll aus dem Verbot nicht herauskommen dürfen, damit das Volk um das in der Julibotschaft versprochene Wahlrecht betrogen werden und die Anbelangung der Gewerkschaften aufrechterhalten kann. Das ist ein innerpolitisches Skandalo, das sich dem außenpolitischen Programm derselben Gruppe harmonisch anschließt. In der äußeren Politik: Scheiternlassen des Friedens mit Rußland, Verhinderung eines Allgemeinfriedens, Vortrennung Deutschlands von seinen Bundesgenossen. In

Die Ereignisse in Oesterreich.

Die Oberste Heeresleitung gegen Anexionen.

Wien, 22. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Der Chef des Generalstabes v. Arz machte gegenüber dem Richterlatler der „Arbeiterzeitung“ über den Arbeiterausstand Mitteilungen, in denen er zunächst erklärte, daß er hoffe, daß es gelingen werde, der Arbeiterschaft die Ueberzeugung beizubringen, daß weder die Regierung noch die Heeresleitung dem Frieden irgendwelche Hindernisse bereite. Der Friedenswunsch ist bei uns allgemein.

Niemand denkt an Eroberungen und Anexionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch einigermassen davon eifern, auf Eroberungen und Anexionen verzichten zu wollen. Im Osten sieht es einigermassen anders, aber da gibt es Schwierigkeiten technischer Natur, deren Ueberwindung einige Geduld erfordert. Auch die Arbeiterschaft muß noch etwas Geduld haben, sie darf aber überzeugt sein, daß der beste Wille besteht, wirklich und bald zum Frieden zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden, die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, nur etwas Geduld müßte die Bevölkerung haben.

Mit einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes“ hatte General v. Arz eine ähnliche Unterredung, in der er jedoch zugleich auch auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten hinwies. (Auch an dieser Frage darf der Frieden nicht scheitern und wird er nicht scheitern, falls das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung nach der später erfolgenden Klärung und innerhalb einer angemessenen Zeit loyal gesichert wird. Red. d. „N.“)

Tischenfrage und Auslandsbewegung.

Wien, 22. Januar. (S. L. B.) Abgeordnetenhau. Pacher, d'Elvert und Oberleitner gaben namens der Deutschen Böhmen, während und Silesiens Erklärungen ab, worin sie schärfstens die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen bekämpften. Sie forderten die Errichtung einer selbständigen Preßing Deutschböhmern mit eigenem Landtag auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes und für Wähler unter völliger nationaler Trennung von den Tschechen.

Der polnische Sozialdemokrat Daszynski wandte sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich gerettet hätte. Ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können.

Dr. Viktor Adler erklärte, die Sozialdemokraten verlangten nichts anderes als was Graf Czernin

in seinen Reden ausgesprochen habe. Sie verlangten nicht einen Bruch oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter Führung Oesterreichs begeben. Wenn man in Berlin sagt: für uns ist Triest wie Straßburg, dann dürfte man sich nicht aufregen, wenn Czernin sagt: Wie ist Straßburg wie Triest. Man kann nicht die Fische des Bündnisses einseitig genießen.

Großen Raum in der Debatte nahm die Auslandsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zustandekommen der Regierung als Beginn einer wirklichen Demokratisierung Oesterreichs. Die Christlichsozialen warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen.

Deutscher Verband.

Wien, 22. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die deutsch-nationalen Parteien des Abgeordnetenhauses beschloßen, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, der 21 Mitglieder zählt. Zum Obmann wurde Abgeordneter Waldner, zu Stellvertretern Wolf und Schloßler gewählt.

Ruhiger Ablauf der Streikbewegung.

Wien, 22. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korrespondenzbureaus.) Nachdem schon vorgestern und gestern in Wien die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen worden ist, wird heute in allen Betrieben ausnahmslos gearbeitet, so daß die Auslandsbewegung unter der Wiener Arbeiterschaft beendet ist. Auch aus der Provinz vorliegende Nachrichten melden, daß überall die Arbeiterschaft zum größten Teile zur Arbeit zurückgekehrt ist. Während der ganzen Dauer der Auslandsbewegung kam es nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen.

Die ungarische Sozialdemokratie.

Budapest, 22. Januar. (Z. U.) Infolge der Haltung eines Teiles der Arbeiterschaft hat sich die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei veranlaßt gesehen, korporativ abzusankeln. Die heute Nacht abgehaltene Versammlung der Vertrauensmänner der Partei hat der Parteileitung einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen und sie aufgefordert, im Amte zu verbleiben. Die Parteileitung beharrte jedoch auf ihrem Rücktritt. Infolgedessen ist für den 10. Februar eine Parteiverammlung zur Wahl einer neuen Parteileitung einberufen worden.

Der inneren: Kostrennung der Regierung von den breiten Volksmassen und Bürgerkrieg. Das ist offenbar der gangbarere Weg, um das deutsche Volk seinem Heil entgegenzuführen.

Sachlich sei aber folgendes bemerkt: Wenn Ebert und Scheidemann ein ungeheimes Bild von der Stimmung der Massen gegeben haben, so haben sie weiter nichts als ihre Pflicht getan. Wer behauptet, die deutsche Sozialdemokratie lege es darauf an, die Landesverteidigung durch Massenbewegungen zu schädigen, der hat entweder in den letzten dreieinhalb Jahren auf dem Monde gelebt, oder er liegt bewußt. Die Sozialdemokratie hat nie aufgehört, den Weg zu zeigen, auf dem allein es möglich ist, die Ruhe und Festigkeit der inneren Front zu erhalten. Ein gerechtes Ernährungssystem, freizeitleiches Regiment im Innern und eine von Eroberungslust freie Kriegspolitik nach außen, das sind die geeigneten Mittel dazu, und wer, wie die Sozialdemokratie dreieinhalb Jahre lang für die Einsetzung dieser Mittel gearbeitet hat, wer zugleich in jeder Stunde und jeder Minute für die Verteidigung des Reichs eingetreten ist, der hat mehr für das Land getan als jene, die nichts weiter tun als durch Drohungen mit reaktionären Gewalttaten Erregungstiftung in die Massen werfen.

Es ist in allem Unglück noch ein Glück, daß man im Reichstag die Wahrheit sagen und die Dinge so schildern darf, wie sie sind. Die Unruhe, die in breiten Bevölkerungsschichten vorhanden ist, wird nicht dadurch beseitigt, daß man über sie nicht spricht. Dazu haben ihre Ursachen zu tief. Unbefriedigende Ernährungsverhältnisse, Stöckung des Wohlfahrtswerks, Druck im Innern, offensichtliche Gefahr einer Kriegsverlängerung durch falsche Einschätzung der Wirklichkeit und amerikanische „Siegfriedens“-Pläne, das alles muß eine Spannung schaffen, die ein Ventil braucht. Das Land kann alljährlich geschäftet werden, in dem der Parlamentarismus als Ventil noch genügt.

Alle Regierungen, die das Reich während des Krieges befehlen hat, wissen, daß die sozialdemokratische Partei den Konflikt nicht gesucht hat. Gerade darum aber ist ihre Stellung jetzt so stark. Wenn Ebert und Scheidemann jetzt eine solche Sprache führen, wie vorgestern im Hauptauschuss, so wird daraus von den breitesten Massen geschlossen werden, daß die Mißstände schon sehr arg gemorden sein müssen. Aber, was brauchen sie erst zu schreien — sie kennen diese Mißstände selber gut genug und haben sie an ihrem eigenen Leibe erfahren!

Nun sollen aber, wenn es nach den Wünschen der Treiber geht, alle Hebel, an denen das deutsche Volk krank ist, auf die allereinfachste Weise, nämlich durch Aufrichtung einer reaktionär-nationalistischen Schreckensherrschaft geheilt werden. Solche Absichten zu kennen ist nützlich, wenn auch die Erkenntnis nicht neu ist: in Kriegs- und Friedenszeiten bleiben ja die Mittelmittel dieselben: Klassenwahlrecht, Klassenjustiz, konservative Vermaltung, Ausnahme-gesetze und Ausnahmebehandlung für alles, was gegen den Stachel löst, als ultima ratio Sandhaufen, verbundene Augen und Salbe. Wir wollen die Bilder, in denen die Phantasie der „Kriegszeitung“ schwelgt, nicht weiter ausmalen. Aber wir blättern rückwärts in der Geschichte und fragen, was aus den Regierungen geworden ist, die nach solchen Karikaturen gehandelt haben. Wen locken die Typen?

Trotski und Lenin.

Rotterdam, 23. Januar. Aus marxalistischer Quelle werden alle Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Trotski und Lenin dementiert. Zwischen den beiden herrsche namentlich in der Uebereinstimmung, daß nur ein baldiger Friedensschluß mit dem Vierbunde Rußland retten kann, vollste Uebereinstimmung.

Lenin und Sowjet gegen die Mörder Schingarew und Kotoschkins.

Petersburg, 22. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agent.) Dringender Befehl an alle Kommissariate, Präsidenten der Sowjets, Ausschüsse für den Kampf gegen die Fugitive, an das Hauptquartier der Roten Garde, an den Ausschuss zur Bekämpfung der Gegenrevolution, an den Kommissar für Kriminalangelegenheiten und an die Kommissare der Bahnhöfe von Petersburg, sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen zur Ermittlung der Matrosen und Roten Gardisten, die heute nacht um 1 Uhr in das Marinehospital eingebracht sind und Schingarew und Kotoschkin ermordet haben. Die Schuldigen sind zu verhaften und nach dem Smolny-Institut Zimmer 75 zu bringen. Ueber den Gang der Ermittlung ist alle zwei Stunden Bericht zu erstatten.

21. Januar. gez. Lenin. Justizminister Steinberg. Petersburg, 22. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung am 20. Januar folgende Entschliessung an:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Schingarew und Kotoschkin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals sühnen, daß unsere Gefangenen angefaßt werden, mag ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so groß und die Enttäuschung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und trifft alle Anordnungen, damit die revolutionäre Ordnung anbrecht erhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.

Petersburg, 22. Januar. (Petersburger Telegr.-Agentur.) Die Volkskommissare sind benachrichtigt worden, daß die Solizei die Spur der Mörder Schingarew und Kotoschkins gefunden hat.

Die Sowjet und die Ukraine.

Niederlage der Rada-Truppen.

Petersburg, 22. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die von Charlow nach Poltawa abgegangenen Abteilungen der Sowjets haben eine Schlacht gegen die Truppen der Rada von Kiew geliefert. Die Truppen der Rada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in Händen der Abteilungen der Sowjets. In der vereinigten Sitzung der Soldaten, Arbeiter- und Bauernräte wurden die Vertreter des ausführenden Zentralauschusses von Charlow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.

Stockholm, 23. Januar. Wie ein Kiewer Blatt meldet, zieht sich über Kiew kurzzeitig von der Front eine Lawine Hungerrüder

Feuerkampf an der flandrischen Front. — Französische Vorstöße bei Souain und Avocourt zurückgeschlagen. — Deutscher Vorstoß bei Malancourt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. Januar 1918. (B. Z. B.)

Westliche Kriegsschauplätze.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht.

Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittage der Feuerkampf gehäuft. Auch südlich von der Scarpe lebte die Heeresaktivität nicht auf.

Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Versuche eingebracht.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Souain und nordöstlich von Avocourt folgten heftiger Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Nachkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Gräben und kehrten mit einer Anzahl Gefangenen zurück. Zwischen Beaumont und Francs nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Ostlicher Kriegsschauplätze.

Nicht Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 23. Januar 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 23. Januar 1918. Amtlich wird veröffentlicht:

Beiderseits der Brenta war die Artillerietätigkeit lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Chef des Generalstabes.

Soldaten. Charlow gleicht einem Truppenlager. Dort streifen fünf Ausschüsse mit der Stadverwaltung um die Oberherrschaft. Ständig finden Plünderungen und Straßenkämpfe statt. Mehrere Brände richteten großen Schaden an. Zekaterinowlaw befindet sich in der Gewalt des Arbeiterrates. Bolschewistische Truppen besetzen die Gräben des Donhedens und beschlagnahmten die dortigen Getreidevorräte. In Scherwinka schloffen die ukrainischen Truppen und das zweite Gardekorps einen Waffenstillstand. Das Generalsekretariat der Ukraine erklärte, daß es außerstande sei, Nordrußland innerhalb zweier Monate mit 80 Millionen Pud Getreide zu versorgen.

Der ukrainische Kriegsminister demissioniert.

Basel, 21. Januar. Wie die russische Presskorrespondenz meldet, verließ der ukrainische Generalstabschef für Kriegsangelegenheiten (Kriegsminister) Priljura seine Demission ein.

Gegen Albert Thomas wegen Elsaß-Lothringen.

Von der Schweizer Grenze, 23. Januar. („Kölnische Zeitung“) Pariser Blätter melden: Der sozialistische Seine-Verband beschäftigte sich mit dem Antrage der Minderheit, gegen Albert Thomas wegen seiner Erklärung über die bedingungslose Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich eine Parteientersuchung zu eröffnen. Im Laufe der Besprechung wurden Thomas lebhaftes Wortwechsel gemacht, weil er ohne Auftrag der Partei mit der Londoner Regierung in Beziehungen getreten sei. Thomas verteidigte sich in einer langen Rede; er habe in London nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Eine am Schluß der Sitzung einstimmig angenommene Tagesordnung stellt fest, daß Thomas die Partei nicht offiziell festgelegt habe.

Englands inoffizielle Beziehungen zu Rußland.

London, 23. Januar. (Reuter.) Unterhaus. In Verantwortung einer Anzahl von Anfragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung folgte Balfour: Wir haben diese Regierung nicht als de facto oder de jure bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt, aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf inoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Befehlen unserer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Volksdemokratie hat Witwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt und wir sind im Begriffe, in ähnliche inoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Rabokow, der unter der letzten russischen republikanischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder befristet oder seines Postens von einer als Vertreterin des russischen Volkes anerkannten Regierung entlassen wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich sowohl unregelmäßig als vorübergehend und unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden.

Ein Rebell gegen Northcliffe u. Co.

Daß Admiral Jellicoes Entlassung aus der Oberleitung der englischen Marine in England böses Blut macht, zeigt sich jetzt deutlich. Der Oberst Nevington von der „Times“, der als Militärkritiker sein Blatt vor den Mund zu nehmen gewohnt ist und deshalb bei den Regierenden als ein „enfant terrible“ gilt, rebelliert gegen die Entlassung. Die Bekanntschaft zwischen ihm und Jellicoes als Generation ist und weil man von der Neigung einer jüngeren Generation, mehr zu riskieren, Befriedigenderes erhofft. Nevington ist jetzt als militärischer Mitarbeiter von der „Times“ zur „Morning Post“ übergegangen, und zwar nach Intervium mit Vertretern des „Star“ und der „Daily News“ aus Unzufriedenheit mit der Politik der „Times“. Er erklärte, die Marine sei während über die Art, wie Jellicoes entlassen worden sei. Er wüßte über die Kriegslage die Wahrheit und verlange einen Mann, der wirklich führen könne. „Daily News“ vermuten, daß die letzte Ursache für Nevingtons Abgang die Vorbereitungen der Northcliffe-Blätter zum Sturz

des Generalstabschefs Robertson und des Feldmarschalls Haig gewesen seien. Das Blatt sagt:

„Land und Parlament müssen fragen, wie lange man fortfahren darf, solche Männer öffentlich zu stürzen. Gleich zu Beginn des Krieges wurde der schändliche Feldzug gegen Daldane unternommen, der aus dem öffentlichen Leben hinausgedrängt wurde. Aber wer stand hinter Northcliffe? Hierauf wurden die Pressewörter abgeschrieben, um Richter den Hals abzuschneiden. Der Stand hinter dieser widerlichen Jurisprudenz? Sodann ging es auf General Donop (Direktor des Artilleriewesens beim englischen Kriegsmat) mit den gemeinsten Verleumdungen los, und endlich gegen Asquith und Grey. Wir haben jetzt gesehen, wie der tüchtigste Flottenführer seines Postens entsetzt wurde. Er ist ebenso wie die anderen infolge eines Kreuzzuges der Northcliffe'schen Klotenpresse gefallen. Aber von welcher Seite kam der Anstoß zu diesem Kreuzzug? Northcliffe hat vergiftete Pfeile abgeschossen, aber wer gab sie ihm, und wer beschaffte ihm die ebenso vergifteten Pfeile, die jetzt gegen Robertson verwendet werden?“

Der „Wer“, nach dem Nevington so vernehmlich fragt und auf den seine Fragen wie eine drohend vorgestreckte Faust weisen, ist Lord George.

Das Oberhaus für Proportionalwahlen.

Haag, 23. Januar. Reuter meldet aus London: Das Oberhaus nahm mit 132 gegen 42 Stimmen einen Zusatz zu dem Wahlförderungsgesetz an, durch den das Prinzip der Verhältniswahlen eingeführt wird.

Gegen die Hungersnot in Norwegen.

Christiano, 22. Januar. In einer Massenversammlung der nordwestlichen Arbeiterpartei wurde gestern von 3000 Anwesenden einstimmig beschloffen, im Hinblick auf die Leuerung und die drohende Hungersnot und auf die deshalb nötige Steigerung der einheimischen Produktion die Einstellung jedes Militärdienstes und die Umwandlung der Militärindustrien zum Vorteil der Steigerung der Produktion zu verlangen.

Kampfzeichen in Amerika.

Demokraten gegen Republikaner.

Penn., 23. Januar. „Petit Parisien“ meldet aus Washington: Stone hielt im Senat eine große Rede. Er beschuldigte Roosevelt und die republikanischen Führer, die Politik der Vereinigten Staaten während des Krieges ausschlaggebend zu beeinflussen, um sich der Regierung zu bemächtigen. „Petit Parisien“ bemerkt hierzu: Die Rede Stones sei ein Anzeichen für wiederbeginnende Parteikämpfe.

Washington, 21. Januar. (Reuter.) Präsident Wilson hat eine Erklärung gegen die Bildung eines Kriegskabinetts veröffentlicht, in der er sagt, daß wirksame Reorganisationsmaßnahmen bereits getroffen worden seien.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 22. Januar. Amtlich. Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund

27 000 Br.-Reg.-To.

haben ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Weder (Frankr.)

Alle Dampfer, bis auf einen, waren bewaffnet und fuhrten meist in stark gesicherten Geleitzügen; unter ihnen konnten namentlich festgestellt werden die englischen Dampfer „Egyptian Transport“, „Steelville“, „Atlanton“ und „Arab“, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen

24 000 Tonnen Kohlen verloren

gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer — der sehr starken Desonation nach zu urteilen — Munition geladen; ein anderer, anscheinend mit Reis beladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht zäh verletzt, auf die Klippen vor der Küste der Chrenaiska gestürzt und dort, trotz Eingreifens einer Landbatterie, vernichtet.

Die beiden Segler mit den Namen „Guisepe“ und „San Antoni“ waren italienischer Nationalität; von ihnen hatte ersterer Holzladung. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Im Dezember 702 000 Tonnen versenkt!

Berlin, 21. Januar. Amtlich. Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 Br.-Reg.-To. des für unsere Feinde nahbaren Handelschiffraumes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des ungleichmächtigen U-Boot-Krieges auf

8 958 000 Br.-Reg.-To.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 21. Januar. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz

22 000 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Ragellan“ (6263 Tonnen) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgestellt werden; unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Englisch-holländische Schiffbrannenverhandlungen. Dem Reuterischen Bureau zufolge meldet Times, daß die Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen Vertretern der Niederländischen Regierung und der alliierten Regierungen über die Heberlassung niederländischen Schiffraums an die Alliierten und die Zufuhr von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln nach Holland geführt werden, zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sind.

Reglementierung des Brotverbrauchs in Frankreich. Im Anschluß an eine Unterredung des Versorgungsministers Boret mit dem Pariser Bürgermeister wird mitgeteilt: Jede Person, Frauen und Kinder einbezogen, wird das Recht haben, in Paris und dessen Umgebung vom 20. Januar ab eine Ration von 300 Gramm bei jedem Bäcker zu entnehmen gegen Abgabe von Brotkartenabschnitten. Die Organisation wird nach und nach auf die großen Städte ausgedehnt werden.

Hauptauschuss gegen Zensur.

Außer dem bereits gestern mitgeteilten Antrag des Unterausschusses liegt noch der Antrag Ebert-Heine vor, folgendes Gesetz über die Handhabung des Belagerungszustandes zu erlassen:

Artikel I. Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zuwendenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

Artikel II. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.

Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Erscheinungstage, bei einer in längeren Zeiträumen erscheinenden Druckchrift nicht auf mehr als drei Ausgaben erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

Artikel III. Versammlungen, die sich mit der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten betreffen sollen, dürfen nur verboten oder aufgelöst werden, wenn Tatsachen vorliegen, die befürchten lassen, daß die Abhaltung der betreffenden Versammlung unmittelbar zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen oder die Sicherheit des Reiches gefährden würde.

Artikel IV. Gegen die in Artikel II und III vorgesehene Maßnahmen steht jeder davon betroffenen Person die Beschwerde zu.

Artikel V. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Reichsausschuss für die Prüfung der Maßregeln des Kriegszustandes.

Artikel VI. Der Reichsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Mitgliedern.

Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Mitglieder werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt.

Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Ferner der Antrag Goltzheim: „Bis zum Erlass des im Artikel 65 der Reichsverfassung angeführten Gesetzes über den Kriegszustand ist gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden in Bezug auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle.“

Außerdem der Antrag Fischbeck, Erzberger, David: Den Reichskanzler zu ersuchen, scheinigt die Aufhebung des

Verbot des „Berliner Tageblattes“ herbeiführen zu wollen.

Abg. Fischbeck: Man könnte nach den gestrigen Verhandlungen eigentlich überrascht sein, daß jetzt das „Berl. Tageblatt“ verboten wurde. Es handelte sich um den Artikel des Dr. v. v. dessen Veröffentlichung die Zensur unter dem Vorbehalt gestattet hatte, daß er nicht gegen die Richtlinien verstoße. Nur mit Hilfe einer gekünstelten Konstruktion konnte man zu einem Verbot kommen. Jedenfalls dürfte man der Redaktion den guten Glauben nicht abschneiden.

Major Gran verliest die Begründung des Verbots, das erfolgen mußte, weil die von der Zensur gegebenen Richtlinien verletzt worden sind. Das „Berl. Tageblatt“ habe sich vorbehaltlos auf die Seite der überreichlichen Arbeiter gestellt. Damit bestand die Gefahr, daß dem Hebergreifen der Bewegung auf Deutschland Vorstoß geschieht würde. Es schweben bereits Verhandlungen mit der Redaktion wegen Aufhebung des Verbots.

Der Antrag Fischbeck wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Aus der Mitte des Ausschusses heraus wurde nun angesetzt, die ganzen Anträge noch einmal an den Unterausschuss zurückzuweisen. Damit war der Ausschuss einverstanden.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilt Major Gran mit, daß das Verbot des „Berliner Tageblattes“ aufgehoben sei.

Zur Verhandlung steht nunmehr auch der folgende vom Unterausschuss mit 6 gegen 4 Stimmen angenommene Antrag:

Bis zum Erlass des im Artikel 65 der Reichsverfassung angeführten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden, soweit sie sich nicht auf die Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts beziehen, eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet.

Soweit sich diese Anordnungen auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts beziehen, ist der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle.

Ferner ein Antrag Dittmann, auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Vereins- und Pressefreiheit.

Abg. Ebert zieht den Antrag Ebert-Heine zurück, mit dem Bemerkung, daß seine Fraktion nach wie vor an der Forderung auf Aufhebung des Belagerungszustandes festhalte.

Abg. Dr. Cohn begründet den Antrag Dittmann. Gegen die Handhabung der Zensur ist so wichtiges Material beigebracht worden, daß sie von keiner Seite nicht verteidigt werden könnte. Alle Volkskreise wenden sich heute gegen die durch nichts begründete Beschränkung der persönlichen Freiheit. Das tiefste Vertrauen der Bevölkerung ist in diesem Hochstimm begriffen. Es heißt nur die Aufhebung des Belagerungszustandes, der keine Stunde zu Recht bestanden hat. Dem Antrag des Unterausschusses könne seine Fraktion zustimmen, weil er die Verantwortlichkeit dem Reichskanzler übertrage.

Abg. Dr. Straube (Sp.) führt Beispiele dafür an, daß alles unterdrückt wird, was sich gegen Leipzig richtet. Die harmlosesten Artikel, die sich mit dem U-Boot-Krieg befassen, werden gestrichen, insbesondere die des Admirals Giesler. Die sachkundigen Artikel des Kapitäns v. Verjus dagegen haben unter Vorzensur.

Admiral Gebhards tritt dem Vordrucker entgegen. Die Vorzensur habe von einer Kritik nichts zu fürchten.

Abg. Jund (natl.) ist gegen den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes. Redner behauptet dann den Antrag Jund-Pfleger. Die Zensur müsse in militärischen Händen bleiben. Die ganze Materie soll aber auf dem Boden des Militärrechts geregelt werden, und deshalb wird vorgeschlagen, das Reichsmilitärgericht als Beschwerdeinstanz zu bestimmen.

Die Abg. Dittmann und Cohn beantragen einen Zusatz zum Schutzgesetz, wonach bei einer auf Anordnung des Gerichts erfolgten Haftentlassung nicht auf Grund des gleichen Tatbestandes eine neuerliche Verhaftung erfolgen darf.

Abg. Heine hält den Antrag Dittmann für eine Selbstverständlichkeit. Beim Verbot der „Zukunft“ habe man gar den offenkundigen Vorbehalt gemacht. Das Verbot sei nicht richtig, es hat nur erklärt, daß die deutsche Politik sich detariert gewendet habe, daß sie dem von ihm vertretenen Standpunkt wesentlich näher gekommen sei. Man kann bei der Zensur nicht die Überzeugung haben, daß die angegebenen Gründe auch die richtigen seien. Trotz aller Kritik hat sich die Zensur nicht verbessert, das Beweist am besten die Reaktion gegen die Buchzensur. Man verspricht immer erst dann Reformen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. In Heidelberg hat man Studenten ausgewiesen, einen Dienstunfähigen sofort in das Meer eingeworfen, weil sie einen Protest

gegen die Vaterlandspartei erlassen wollten. Den jungen Leuten ist sogar bei Strafe verboten worden, über diese Vorgänge etwas zu sagen. Neben trägt dann noch eine Reihe Fälle vor, in denen in der Kaiserne Politik getrieben wurde. Der Major v. Gillhausen vom

3. Garberegiment in Berlin

entfällt auf diesem Gebiet eine besondere Tätigkeit, außerdem dichtet er und zwingt seine Refrenzen, seine Gedächtnisübungen zu lernen. (Stürmische Heiterkeit.) Das Reichsmilitärgericht erscheint nicht als geeignete Instanz für Zensurbeschwerden. Man darf das Volk nicht jahrelang von der Kanne militärischer Befehlsgeber abhängig sein lassen. Die einzige Beschwerdeinstanz kann nur der Reichskanzler sein. Ganz unangebracht ist es, daß auch jetzt noch keine genaue Darstellung der Vorgänge in Oesterreich gegeben werden darf.

General v. Wrisberg: Major v. Gillhausen bestritt, politische Agitation betrieben zu haben. Drei Studenten sind aus Heidelberg ausgewiesen worden, weil sie als Ausländer in pazifistischem Sinne auf die Soldaten einzumischen versucht haben.

Abg. Goltzheim wendet sich scharf gegen die Zensur, wie sie von der Marine geübt wird. General v. Wrisberg habe im Unterausschuss den Antrag Goltzheim für unannehmbar erklärt. Dazu hatte der General kein Recht, denn die Entscheidung liegt beim Bundesrat. Gegen dieses Auftreten müsse entschieden protestiert werden.

Staatssekretär Walroff: Dem General v. Wrisberg liege es fern, dem Bundesrat vorzugreifen. Der Belagerungszustand könne nicht aufgehoben werden. Die Abänderung des Schutzgesetzes sei im Moment nicht möglich. Eine Revolte zu diesem Geleit sei in Vorbereitung. Der Antrag Jund-Pfleger habe erhebliche Bedenken. Der Antrag des Unterausschusses, die Verantwortlichkeit dem Reichskanzler zuzuschreiben, sei praktisch nicht möglich. Der Reichskanzler müsse dann über militärische Maßnahmen entscheiden, die sich seiner Beurteilung entziehen.

Abg. Reibel tritt für die Aufrechterhaltung der Zensur ein. Man schreie über die Zensur, auf der anderen Seite aber fordere man die Zensur gegen die Vaterlandspartei.

Abg. Dittmann: Die Zensur hat einen Aufruf der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten verboten. Außerdem hat man dem Unabhängigen Zeitungsdienst verboten, über die Verhandlungen des Hauptauschusses vom Mittwoch zu berichten, angeblich wegen des Satzes aus der Rede des Abg. Ebert:

„auch die deutschen Arbeiter sind über die Vorgänge in Bresen-Litowöl außerordentlich erregt, er könne erklären, auch die deutschen Arbeiter seien entschlossen, das letzte und äußerste Mittel anzuwenden, um den Frieden herbeizuführen.“ Hier kam nur äußerste Rücksichtlosigkeit im Plenum des Reichstags helfen.

Major Gran bemerkt, daß es sich bei diesem Verbot nur um ein Versehen handeln kann.

Abg. Erzberger erklärt, daß wahrheitsgemäße Berichte aus den Kommissionen seiner Zensur unterliegen dürfen. Dies wäre eine direkte Verletzung der Verfassung.

Abg. Schreiermann unterstreicht das. Das Verbot dieses Berichtes geht fast noch über das Verbot des „Vorwärts“ hinaus.

Abg. Ebert: In dem Bericht des unabhängigen Zeitungsdienstes sind meine Ausführungen genau wiedergegeben worden.

Damit habe die Debatte ihr Ende erreicht.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dittmann auf Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag auf Abänderung des Schutzgesetzes wurde angenommen.

Der Antrag Jund-Pfleger wurde in seinem ersten Teil abgelehnt, der zweite Teil (Richtlinien für die Zensur) wurde dann von den Antragstellern zurückgezogen.

Der vom Unterausschuss gestellte Antrag (abgeänderter Antrag Goltzheim) wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Abg. Cohn berichtet über Petitionen. Im Bereich des VI. Komitees in Dresden hat man bestimmt, daß selbst Werkstättenversammlungen 10 Tage vorher angemeldet werden müssen. Die Petition fordert Aufhebung dieser Bestimmung, da sonst die Tätigkeit der Gewerkschaften völlig unterbunden würde. Der Referent beantragt Heberweisung zur Berücksichtigung. — General v. Wrisberg teilt mit, daß die Angelegenheit geprüft werde.

Die Heberweisung zur Berücksichtigung wurde beschloffen. Lediglich aus geschäftsmäßigen Gründen mußte von einem Antrag abgesehen werden, den Reichskanzler zu ersuchen, sofort eine Aufhebung dieser Anordnung herbeizuführen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Politische Debatte.

Sturm im Sächsischen Landtag.

Die annexionspolitische Königsdepesche.

Bei der Beratung des Kapitels Gesamt-Ministerium in der zweiten Kammer des sächsischen Landtags unterzog Genosse Fröhlich das Telegramm des sächsischen Königs an die alldeutschen Vaterlandsparteiler und Kriegstreiber in Wien i. V. einer scharfen Kritik. Daraus sei offenbar eine Zustimmung zu den Zielen der Annexionisten zu finden. Genosse Fröhlich machte dafür die Regierung verantwortlich, die alle annexionspolitischen und reaktionären Bestrebungen unterstütze. Mit Entschiedenheit wies er die Behauptung in dem Telegramm zurück, daß das sächsische Volk hinter diesen Bestrebungen stehe. Höchstens die Leute, die Kriegsgewinne einheimen und als Selbstverfolger ein angenehmes Leben führten, könnten für diese Kriegsziele in Anspruch genommen werden, niemals aber die Mehrheit des darbenenden Volkes, das einen halbjährigen Kriegszustand herbeiführe.

Diese Kritik luden die Konservativen und Nationalliberalen durch sündige Zwickertum vornehmlich zu hören. Da unsere Genossen den annexionspolitischen Sündenriegen in angemessener Weise extrahierten, kam es zu heftigen Zusammenstößen.

Der sozialdemokratische Redner kennzeichnete weiter die jüngsten Vorlesungen der Regierung, besonders die Landtagsordnung, als rückständige Nachwerke, die eine Brüstung des Landtags bedeuteten; dieselbe Regierung wolle aber das Wahlrecht erhalten, also Kriegswuchter an vier Stimmen geben, die große Mehrheit der Schützengrabenkämpfer aber entrechten.

Für die Regierung nahm der rangälteste Minister Dr. Bed das Wort, der das Königstelegramm verteidigte und pathetisch erklärte, es müsse ein Frieden erreicht werden, der Deutschland in Zukunft gegen alle Angriffe sichere. Auf die sächsischen Zurücksetzungen, was darunter zu verstehen sei, wußte der Minister nichts zu sagen, besaß sich aber, zu erklären, daß das Gesamtministerium den Inhalt der Königsdepesche sicher zugestimmt haben würde, wenn es darum befragt worden wäre; ja er verließ sich sogar darauf, dem Könige für dieses Telegramm zu danken, wodurch er freilich scharfe Proteste auf der linken Seite des Hauses auslöste.

Nach dieser Leistung hielt es noch der Minister des Innern, Graf Bismarck von Gschäft, für nötig, zu erklären, daß das Königstelegramm mit seiner Zustimmung abgegangen sei; er übernehme dafür auch die volle staatsrechtliche Verantwortung.

In der weiteren lebhafte sächsischen Debatte wandte sich noch der fortwärtliche Landgerichtsrat Brodau gegen den Zensurverbot; er erklärte, daß er Fröhlichs Kritik zustimme. Scharf kritisierte Brodau noch die Art, wie die Vaterlandspartei große Mitgliederzahlen zustande bringe. Er selbst sei, obwohl scharfer Gegner der Vaterlandspartei, zweimal Mitglied bei ihr, weil die Vaterlandspartei ohne weiteres alle Mitglieder solcher Vereine, deren Vorherrscher man durch Redensarten gewonnen habe, auch als Mitglieder der Vaterlandspartei aufnehme. Die Vaterlandspartei entwickle ein vollständiges Treiben und sei eine Sippplange.

Auch diese Ausführungen luden besonders die Konservativen durch Lärmen zu hören.

Die weitere Debatte gestaltete sich sehr bewegt. Unter heftigen Protesten der Linken ertheilte der nationalliberale Präsident Dr. Bögel, der Vorsitzender der Vaterlandspartei in Dresden ist, dem Abg. Brodau einen Ordnungsruf, weil er die Ungebührlichkeit vorgeworfen hatte. (U) Der so gerüffelte Abgeordnete (Brodau) erhielt dann das Wort zu einer kräftigen Gegenrede, wobei er auch wirkungsvoll darauf hinwies, daß sich die sächsische Regierung mit ihrer Triumphebeisterung im Gegensatz zur Reichsregierung sehe und deren Politik zu freuzen versuche. Den Konservativen wies Brodau nach, daß die „Deutsche Tageszeitung“ vor Jahren von Leipzig festgesetzt habe, daß er anfänglich eines Geheimvertrages den Reichstag geträuscht habe. — Schließlich legte Genosse Sindermann die Stämpfung der Vaterlandspartei fort, wobei er auf die Kiefenopfer hinwies, die bei Einleitung eines Eroberungskrieges anzufragen würden und die durch keine Kontributionen und Amnestionen aufgezwungen werden könnten.

Nach fünfständiger Dauer sang schließlich die sächsische verlaunene Verhandlung in einigen persönlichen Bemerkungen aus. — Bei der Abstimmung über die Ausgaben für das Gesamtministerium stimmten die Sozialdemokraten dagegen; sie lehnten das Kapitel ab, um dadurch gegen die reaktionäre und annexionspolitische Haltung der Regierung zu protestieren.

Das Vaterland gegen die Vaterlandspartei.

Sinauswurf von Kriegsbefehligten.

Aus Ost und West, Nord und Süd, aus dem ganzen Reich drängen jetzt die Nachrichten von mißglückten Unternehmungen der Vaterlandspartei. Eine spontane Bewegung ist im Ganzen, um den Vaterlandsparteilern zu zeigen, wie die wirklichen Massen des Vaterlandes über ihr Treiben denken.

Nachdem eine Reihe größerer Orte vorangegangen, wird und jetzt auch Schneidemühl geschrieben:

Wie überall, so entfaltete die Vaterlandspartei auch hier eine rege Tätigkeit. Am 20. ds. fand in einem der größten Säle die Generalversammlung statt, in der ein beauftragter Vertreter der sächsischen Rächtenliebe, Herr Farrer Westold über „Die nächsten Aufgaben der Vaterlandspartei“ sprach. Obwohl nach den Ankündigungen Gäste Zutritt haben sollten, erklärte der Vorsitzende vor Beginn der Versammlung, daß Nichtmitglieder den Saal zu verlassen hätten oder innerhalb 10 Minuten ihren Eintritt erklären sollten. Mehr als zwei Drittel der Anwesenden folgten der ersten Aufforderung und verließen unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie, auf den Verhandlungsfrieden, auf das gleiche Wahlrecht und unter den Ruf „Nieder mit der Vaterlandspartei!“ den Saal.

In einer öffentlichen Versammlung, die die Vaterlandspartei am 20. Januar in Bonn abhielt, forderten einige Kriegsbefehligte Redefreiheit. Die Zeitung verweigerte das Wort mit der Begründung, daß nur Freunde der Vaterlandspartei eingeladen seien. Man scheint also die Kriegsbefehligten ohne weiteres als Feinde der Eroberungspolitik anzusehen. Der Vorsitzende wies die Kriegsbefehligten, die sich parlamentarisch betrugten, die Zäre, als die mit ihren Taperkeitsauszeichnungen geschmückten Kriegsbefehligten nicht gingen, schaffte sie die Polizei aus dem Saal. Selbst die bürgerliche Presse, wie die „Alln. Völkstz.“, wagt nicht, das Verhalten der Kriegsbefehligten zu tabeln.

Auch in Köln, wo die Vaterlandspartei ihre Versammlung aus Furcht vor den anwesenden Sozialdemokraten nicht abzuhalten wagte, waren übrigens ebenfalls die Kriegsbefehligten erschienen. Ihr Führer, ein Mann mit Eisernem Kreuz I. und II. und dem Hanskalenkreuz, erhielt nicht einmal das Wort zur Geschäftsordnung.

Versammlungsverbot in Stuttgart. In Stuttgart sind bis auf weiteres alle politischen Versammlungen verboten. Das Verbot ist auf die Vorgänge in der letzten Versammlung der Vaterlandspartei (die sich zu einer sächsischen Kundgebung gegen diese Partei wandelte) zurückzuführen.

Letzte Nachrichten.

Der Arbeiterkongress von Nottingham.

London, 23. Januar. Renaudel sagte in einer Rede auf dem Arbeiterkongress in Nottingham, bis jetzt wäre es nicht gelungen, von den deutschen Unterhändlern eine Zusage zugunsten der Grundzüge, die durch die russische Delegation formuliert worden seien, zu bekommen. Deutschland müsse sich in streitigen Fragen dem Urteil d. Welt unterwerfen, besonders in der elsass-lotharingischen Frage, die nicht eine territoriale Frage, sondern eine Frage der Wiedererlangung der allgemeinen Rechte sei, ohne die die russische Formel nutzlos wäre. Er fügte hinzu, daß die Desannexion der Volksbestimmung dieser beiden Provinzen vorangehen müsse.

Ramsay MacDonald erklärte, daß ein Friede, der nicht die Unabhängigkeit Belgiens sichere, ein falscher Friede sei und weitere Kriege unvermeidlich zur Folge haben werde.

Gerade jetzt

folle jeder Freund des „Vorwärts“ seinem Blatt mindestens einen neuen Leser zuführen. Jeder bemühe sich, den anhängenden Zettel, der ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin S.W., Lindenstr. 3, zu senden ist, seiner Bestimmung zuzuführen.

Sch aboniemierte ab 1. Februar 1918 den „Vorwärts“.
Abonnement monatlich 1,50 M.

Name	_____
Wohnort	_____
Straße	_____
Nr.	_____

Abgeordnetenhaus.

Arbeitsvermittlung nach dem Kriege.

114. Sitzung. Dienstag, den 23. Januar 1918, vormittags 11 Uhr.

Von Ministerialrat: Ebdow.

Das Wohnungsgesetz und das Bürgerlichkeitsgesetz sind vom Herrenhaus in abgeänderter Fassung an das Abgeordnetenhaus zurückgekommen.

Abg. Grundmann (L) beantragt, die beiden Gesetze an die Kommission zu verweisen, wogegen die Linke widerspricht, da es sich nur um eine Verschleppung handeln könnte.

Die gestern abgebrochene Aussprache über den Antrag Hammer (L) betr. den Wiederaufbau des Handwerks wird fortgesetzt und nach kurzer Debatte werden die Ausschusshandlungen und der schriftliche Antrag einstimmig angenommen.

Abg. Hammer (L) begründet einen Antrag auf Beihilfe zu gemeinsamen Berufsberatungen und Lehrstellenvermittlungen der Gemeinden.

Um einen geeigneten Nachwuchs für das Handwerk zu schaffen, sollen die Berufsberatungen für Jugendliche beiderlei Geschlechts eingreifen. Die Hauptfrage ist, daß die Beratung unparteiisch geschieht.

Abg. Hirsch (Soz.): Dem Gedanken kann man zustimmen, in der Form ist der Antrag für uns unannehmbar, weil er auf Umwegen eine Art Lastenausgleich in die Gesetzgebung hineinbringen will.

Zu dem Antrag liegt eine Eingabe sämtlicher gewerkschaftlichen Organisationen vor, die eine reichsweite gesetzliche Regelung der ganzen Frage des Arbeitsnachweises verlangt. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Ermüdung.

Unterbringung der heimkehrenden Krieger für die Einrichtung leistungsfähiger öffentlicher Arbeitsnachweise zu sorgen. Den Gedanken, besondere Arbeitsnachweise für Kriegsschadigte zu errichten, lehne ich ab, aber jedenfalls muß man sich doch die Frage vorlegen, wo die Kriegsschadigten nach dem Kriege eine ihren Fähigkeiten entsprechende und anständig entlohnte Arbeit erlangen können.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Wir sind für eine weitere Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, wünschen aber nicht, daß die jetzt bestehenden anderen Einrichtungen an die Wand gedrückt werden.

Politische Betätigung der Beamten.

Die 24. Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat die Anträge über politische Betätigung der Beamten beraten, sie empfiehlt die Annahme der Anträge in folgender Fassung:

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Groß-Berlin

Die Schuljugend in der Kriegszeit.

Man hat viel von einem günstigen Einfluß des Krieges auf die Schuljugend geredet. Das war damals, als die Stimmung der ersten Kriegsmomente auch die Kinder mit forttrieb.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die Regierung zu eruchen, vorbehaltlich einer baldmöglichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterliegt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

der Bureauangestellten und des Angestelltenausschusses statzugeben, eine bisher den männlichen Angestellten gewährte Zulage von 5 bis 10 Mark, die bisher auf die Zulagezulage angerechnet wurde, besonders zu zahlen.

Der Schlichtungsausschuß verhandelte (wogeu er gesetzlich verpflichtet war) in eingehender Beratung die Bekämpfung des Angestelltenausschusses und die Befolgungsverhältnisse der Angestellten der städtischen Gaswerke.

Der Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß die Gehälter der Bureauangestellten der städtischen Gaswerke selbst unter Berücksichtigung der Kriegs- und Zulagezulagen nicht angemessen sind und hält daher die Wünsche der Angestellten nach einer Aufbesserung ihrer Gehälter für berechtigt.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin als Arbeitgeber ihre Pflichten ihren Angestellten gegenüber so wenig erfüllt, daß derartige Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß notwendig sind.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Ansicht, daß die weiblichen Angestellten nach der ganzen Art und den Bedingungen ihres Anstellungsverhältnisses als dauernd angestellt im Sinne des Beschlußes der städtischen Körperschaften anzusehen sind und daß ihnen daher diese Zulage gewährt werden müßte.

Der verhexte Kleiderschrank.

Von Karl Bröger.

Auch in unseren Kleiderschränken sind Kriegsschauplätze. Festige Schichten gegen Mangel und Zerstörung werden auf dieser Baustatt geschlagen und wie bei jedem Kampfe gibt es auch hier Opfer.

Aber unsere Kleiderschrank sind auch verhext. Ist dieser ein wahres Museum von oft gesticktem Arväterhausrat, so jener ein Kabinett von bezugsheintosen „Vesken“, die oft ein kleines Vermögen darstellen.

Wohl wir Kulturmenschen alle nur wandelnde Kleiderschrank sind, sonderlich in dieser Jahreszeit, bleibt die innere Verfassung unserer Garderoben nicht verborgen. Hundert kleine Komödien, die nicht selten im Kern Tragödien sind, werden auf Straße und Platz vorgeführt. Wollt ihr einige sehen?

Die VI. Matrosen-Halbflotte.

In der Straßenbahn. Mir sitzt ein junges Mädchen gegenüber im Sonntagsgaun. Typ: kleines Badenköpchen oder Matrosenmützchen. Die Fingerringe aus stumpf glänzendem Seidenrost knistern bei jeder kleinen Bewegung.

Im ganzen Anzug ist das trampföste Bemühen erkennbar, den Traum jedes kleinen Badenköpchens von großer Toilette zu erfüllen. Der schwarze Filzhut ist sicher auch kein heutiger Gais.

In Goldbuchstaben steht darauf gedruckt: VI. Matrosen-Halbflotte.

Ich war willens zu lächeln, doch ein Blick des Mädchens hielt mich die Mundwinkel nieder. Er schien mir zu sagen: „Zweifle nicht so sehr an meinem Geschmack. Ich wähle schon Vänder, die besser auf einen Jungmädchenhut passen. Aber die gibt es nicht mehr.“

Ich verriet, weiter auf das Band zu gucken, und stieg bald aus.

Der Herr Professor.

Jeden Abend unterhalten wir uns über die Lebensführung der Gesellschaften im Krieg. Der alte, grauhaarige Herr ist sonst ein gemächliches und umgängliches Haus, aber er wird scharf und kritisch, wenn er von den Sorgen seines Standes spricht.

„Zeremonienzettel? Ganz schön und gut. Was hilft mir aber ein Zettel, wenn jede Ware um das Dreifache meiner Zulage steigt? Ich bin 85 Jahre im Dienst und war mit meinem Einkommen immer zufrieden. Jetzt kann ich es nimmer sein.“

„Als Beamter kommt man doch anständig gekleidet daher. Ich habe immer auf korrekten Anzug gesehen. Nun ist mir alles gleich. Schämt der Staat sich nicht, dann bin ich auch jeder Scham entbunden.“

Er sieht allerdings nicht staatsmähig aus, der gute, alte Herr. Die Nase fällt in Harmonikalfalten auf die Schläbe, am Hod sind überall Spiegel und der weiche Filz ist vielleicht ein Hinweis von Landfreiereleganz, für einen königlichen Professor aber doch nicht die gemäße Kopfbedeckung.

Ebenholt er ihn vom Nagel, schüttelt ihn mit alfränkischer Grandezza und geht unter allseitigem Stühlerklappen der Türe zu.

Der Praetor im Pelz.

Als ich ihn zum ersten Male sah, mußte ich auf der Straße stehen bleiben. Ich konnte einfach nicht anders.

Da hing der Händler-Wilkt über die Schneehaufen, Sechzig-Mark-Stiefel am Fuß und einen feudalen Wibi auf dem struppigen Notkopf. Was Wunder hing aber zwischen Fuß und Kopf: ein edler, tadelloser Pelzmantel mit direkter Verankerung. Kostenpunkt nach meiner schleunigen Schätzung: fünfhundert Gm!

Verlegen grinsend lästerte Willi den Schieberhelm und unsicher wanderten seine Augen am Kermel des prachtvollen Gewandstückes entlang. Er hopfte mit aufgetrempelten Hosen über einen Schneehügel und schlug scharfe Richtung nach der Stammweide ein, in jenem eigentümlich wippenden und wiegenden Gang des Menschen, der tagsüber zwischen Drehbänken pendelt.

Händler-Wilkt macht Munition. Ich sahre das nicht an weil ich ihm keine Pelzmantel weide. Ginge es nach mir, dann hätte jeder Proletarier längst seinen Pelzmantel, denn das ist im Winter stets eine angenehme warme Sache. Auch um die Repräsentation wäre mir nicht bang. In diesem Punkte denke ich mit Sancho Panza: „Gib!

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Vor dem Anschlag am Bahnhof drängte sich stündlich die Menge. Von den bleichen Gesichtern las man die Unruhe ab: schrecklich, dieses Fernab- und doch Mittdarin-Sein! Dieses fiebernde Haschen nach Nachrichten, dieses gierige Lauschen auf alle Gerüchte. Was konnte nicht alles geschehen sein zwischen heut und gestern, zwischen dieser Minute und jener! Minuten waren jetzt Ewigkeiten. Man sprach gedämpft.

Margarete Dietrich fehlte am Bahnhof nie. Sie las jeden neuen Anschlag und las ihn dann nochmals, als verstände sie ihn nicht recht, und dann kaufte sie sich die neueste Zeitung. Sie las die, ging ein paar Schritte weiter und kehrte dann nochmals zurück. Kam ein Verwundetentransport, so drängte sie sich dicht heran. Es half nichts, daß man sie zurückwies — die Verwundeten dürfen nicht belästigt werden durch die Reugier des Publikums! — man stieß sie, sie drängte sich doch wieder heran.

Vielleicht, daß mein Bräutigam dabei ist — mein Bräutigam — ach bitte, lassen Sie mich doch! Mit weitgeöffneten Augen sah sie jedem Soldaten ins bleiche Gesicht. Verzweifelt schüttelte sie dann den Kopf: „Das ist er nicht!“

Man hatte Mitleid mit ihr: die suchte nach ihrem Bräutigam, die Arme.

Keine Nacht, in der Verwundete angezeigt waren, daß die Dietrich nicht am Bahnhof gestanden hätte. Sie wartete Stunde um Stunde, auf der untersten Stufe der Treppe stehend, die hinauf zum Ferngleis führte. Den Rücken lehnte sie gegen die Seitenwand, den Kopf streckte sie vor, unverwandt sah sie hinauf. Sie fröstelte in der zugigen Nacht.

So fand sie Gertrud Nieselhahn, die heute sehr spät, erst gegen Mitternacht, von Berlin kam. Sie war sehr müde, doch wer durfte jetzt danach fragen? Sie hatte den Ehrgeiz, es weiter zu bringen, nur näher brachte auch zu wenig ein. So nahm sie nach der täglichen Arbeit noch den Abendkursus in einer Handelsschule, sie mußte für den Winter eine größere Stellung finden, wenn sie mit dem Kleinen nicht hungern wollte.

mit mein Herr nur eine Großkraft. Sie sei nun klein oder groß, ich werde sie schon zu regieren wissen.“

Selbstbildnis.

Eigentlich gebe ich jetzt ein Bild meines Kleiderschranks. Es schaut darin aus wie in Sodom und Gomorra, nachdem es Feuch und Schwefel gereinigt hatte. Ich müßte ganz verzweifeln und die große Zeit vielleicht im Bett erleben, wärst du nicht, mein einziger Hoffnunganker, mein Trost in dieser Trübsal, du, meine braune, schön getrippte Manchesterhose.

Vor sechs Jahren hab ich sie um gutes Geld gekauft. Ein Zwanziger ging feinerzeit darauf, aber es ist die beste Kapitalanlage, die mir in meinem Leben bisher geblüht ist.

Zusammen mit der Manchesterhose besitze ich noch ein zweites Kleinod: ein Paar schöne, lange Badenstrümpfe, denn eine Manchesterhose ohne Badenstrümpfe ist eine Hand ohne Finger.

Stegreich bestreife ich alle Ansetzungen der Zeit in meiner Manchesterhose und den Badenstrümpfen. Die Hose ist nicht unzuverlässig. Sie wird noch meine Kinder überleben. Gewinnt sie doch mit jedem Jahr mehr Widerstandskraft und Selbständigkeit. Schon heute sieht sie auf eigenen Füßen und fällt nicht zusammen, schaue ich sie einmal kräftig auf den Boden.

Wäre sie doch auch verstellbar! Denn ich bin Vater von zwei wilden Buben, die nichts von schwerer Kriegszeit wissen wollen und ihren Hosenbündeln Leistungen zumuten, die ein schlechter und rechter Papierstoff nun einmal nicht verdrägt.

Wir sind in den Tagen des Reichings. Große Lust zu Mokke- raden hat kein Mensch, obwohl so ein richtiger, unbeschwerter Tag fröhlicher Narrheit bitter nottut.

Die schwere, tragische Narrheit der Zeit hat uns zu Nummernschau gezwungen, der nur bitteres Lächeln aufkommen läßt.

Verstädlichung der Schankwirtschaften.

Die die Zentralstelle des deutschen Städtebundes mitteilt, dürfte die Verstädlichung der Schankwirtschaften und des Ausschanks alkoholischer Getränke in der Gemeindefinanzpolitik der nächsten Zeit eine bedeutende Rolle spielen. Die in den Kreisen der Kommunalpolitiker oft erörterte Frage geht in Deutschland zurück auf die Anregung des Reichslandtags an die Bundesregierungen vom 25. Juni 1912, den Gemeinden durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Gewerbeordnung die Möglichkeit zu gewähren, ortsstatutarisch festzusetzen, daß der Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus lediglich entweder für Rechnung der Gemeinde durch angestellte Beamte oder durch gemeinwirtschaftliche Gesellschaften zu erfolgen habe.

Es wird nach den in Norwegen und Schweden in großen Umfang gemachten Erfahrungen behauptet, daß wahrscheinlich die deutschen Gemeinden über ein Fünftel ihrer Ausgaben aus dem Branntweinverkauf, ein weiteres Fünftel aus dem Bierausverkauf werden decken können, wobei die Ausfälle an Gewerbe- und Betriebssteuern sowie an Einkommensteuer (infolge Veränderung der Konzeptionen) schon in Ansatz gebracht sind.

In einzelnen Gegenden hat man mit Gemeindefinanzwirtschaften gute Erfahrungen gemacht, so im Kreise Becklinghausen im Ruhrgebiet. Dort ist eine ganze Anzahl Gemeindegasthöfe errichtet worden, die aber hauptsächlich den Zweck haben, den Alkoholgenuss zu bekämpfen. Diese alkoholfreien Wirtschaften werden schon seit Jahren stark besucht. Mit solchen Gasthöfen — mögen sie von Gemeinden oder gemeinnützigen Gesellschaften errichtet werden — wird man sich gewiß auch in anderen Gegenden befassen. Was aber die Übernahme anderer Wirtschaften seitens der Gemeinden betrifft, so sieht diese zum Teil auf gesundheitlichen Widerstand: viele Sozialpolitiker vertreten nämlich den Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der Gemeinden sei, Gewinn aus dem Vertrieb von alkoholischen Getränken zu ziehen, mit andern Worten: die Trunksucht zu fördern. Wenn man aber andererseits bedenkt, daß zwischen Trinken und Trunksucht ein Unterschied ist und daß man bei uns doch wohl nicht ein Alkoholverbot einführen wird, wie in gewissen nordamerikanischen Staaten, so dürfte der Plan der Verstädlichung der Wirtschaften doch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein.

Der alte Herr mit dem Bismarckkopf.

Wer öfter Gelegenheit nimmt, die Tribünen des preussischen Abgeordnetenhauses zu betreten, dem ist er sicher schon aufgefallen: der alte Herr mit den breiten Schultern, dem starken kaneeweissen Bart, den buschigen Brauen und dem laßen Kopfe. Er erinnert an „Hh“, dessen Namen heute die „Deutsche Zeitung“ unbenutzt für ihre Popanzpolitik gebraucht. Damit ist aber auch seine Auffälligkeit erschöpft — das „von und zu“ ist ja in diesen Hallen keine Seltenheit — und im übrigen ist der Kern seines Wesens Vossität.

„Mein Gott, Gretchen, du noch hier? Was machst du denn hier?“

„Ich warte.“ Die Dietrich veränderte ihre Stellung nicht.

„Komm doch nach Haus!“ Gertrud wollte sie mit sich ziehen. Das seltsam verstörte Gesicht erschreckte sie. „Ich bring dich bis an deine Tür.“

Aber die Dietrich widersetzte sich, unsanft wehrte sie die Freundin ab. Sie wendete ihr nicht einmal den Blick zu, unverwandt starrte sie die Treppe hinauf.

Oben wurden ein paar Gestalten sichtbar. Auf den verschrankten Händen von zwei Samaritern stehend, die Arme um deren Nacken gelegt, wurde ein an den Weinen Verwundeter die Treppe hinuntergeschafft. Die durch dicke Verbände zu Klumpen gewordenen Füße hingen schlaff herab, man sah blutige Lächer.

Die Dietrich starrte, ihre Augen flackerten auf. Gertrud wegstoßend, stürzte sie plötzlich mit einem gellenden Aufschrei dem Verwundeten entgegen: „Da ist er!“

Der Verwundete hob für einen Augenblick den Kopf, der ihm auf die Brust gesunken war, sein müder Blick streifte teilnahmslos die auf ihn Zustürzende.

„Blau da!“ Die Träger wurden groß. Der eine stieß mit einem Puff seiner Schulter die Dietrich zur Seite: was sollte denn das heißen?

Sie kreischte laut auf: „Mein Bräutigam!“ „Ach was! Sie sind wohl nicht ganz bei Trost, Fräulein!“ Die Träger gingen ruhig mit ihrer Last weiter.

Nein, er war es nicht! Die Hände vors Gesicht schlagend, brach sie in Schlächzen aus.

Der nächste Bahnhof wurde lebendig: was war denn hier los, wer schrie denn hier so? Keugierige kamen herzugelaufen. Vom Bahnsteig herunter kam der diensttuende Wachmann: „Was machen Sie denn hier für'n Madam!“

Die Dietrich hatte sich auf der Stufe der Treppe niedergelauert, sie war zusammengefunken. Der Wachmann sagte sie bei der Schulter: ach ja, das war ja die, die immer hier wartete! „Gehen Sie, gehen Sie,“ drängte er gutmütig, „jetzt kommt kein Zug mehr, gehen Sie doch nach Hause.“

„Komm, Gretchen, komm,“ drängte auch Gertrud. Sie faßte die Schluchzende unter die Arme. Es gelang ihr, sie

Mit dem Glodenschlag betritt er den Sitzungssaal, mit als lechter verläßt er ihn. In ewig gleicher Ruhe und Haltung sitzt er seine Zeit mit der Pflichttreue des alten Militärs ab, unbestimmt darum, ob ein nationalliberaler Kollege auf dem goldenen Mittelstrange halbbrecherlich über die Abgründe des Für und Wider balanciert oder ein Sozialdemokrat die Miß der frommen Denkart zum Kopfen bringt. Poshafte Gemüter könnten behaupten, er schläft. Aber ich möchte wetten, daß er nur in sich schaut, in eine Zeit, die er besser verstanden hat als die heutige. Noch scheinen ja die Säulen seiner Welt so fest zu stehen wie die Säulen, die das Dach über seinem Haupte stützen. Aber er hört wohl auch, wie die Sprecher seiner Partei die Totenwinde des alten Preußens vor den Kerstern orgeln. . . .

Und das neue Preußen, das mit den Fahnen neuer Ideale zur Bildung vor den Toren steht? Für ihn ist es zuviel verlangt, daran zu glauben.

Warum ist das Zebra gestreift?

Die auffallenden Streifen des Zebra können keine blinde Laune der Natur sein. So liegt die Frage nahe, auf welche Weise sie ihrem Träger dienlich sind. Bei den Wildeseeln der Wüste z. B. wirkt die gelbe Farbe als Schutzfärbung. Das Wildpferd wiederum ist durch die bräunliche Färbung seiner Umgebung angepaßt; seine schwarzen Beine lassen darauf schließen, daß es meist auf schwärzlichem Boden steht. Gegen die Schlussfolgerung, daß die Streifen der Zebraart ebenfalls eine solche Schutzfärbung darstellten, hat sich aber schon Darwin geäußert; er bemerkte, die Streifen seien zu auffallend. Die Ansicht Darwins wurde aber neuerdings verworfen. Dr. Th. Zell weist in „Neuer Land und Meer“ darauf hin, daß die Streifen des Zebra in weiter Entfernung vollkommen verschwinden. Dadurch lassen sie sich aber noch nicht . . . als Schutzfärbung erklären, denn ein streifenloses Zebra würde natürlich noch viel unsichtbarer sein. Eine andere Begründung lautet, daß ein zur Tränke gehendes Zebra durch die Schatten der Weiden mit seiner Umgebung verämelze. Auch dies ist nicht stichhaltig, da der Hauptfeind des Zebra, der Löwe, ein nächtliches Raubtier ist, und da zur Nachtzeit die Streifung gleichgültig wäre. Der Berichterstatter führt nun aus, daß er bei einer Arbeit über das Pferd endlich auf die wahrscheinlichste Vergründung dieser Schutzfärbung gekommen sei. Wesentlich ist dabei, daß das Zebra zu den ausgebrochenen Raubtieren gezählt werden muß. Die Zebra schlafen am Tage in den Mittagsstunden, wobei sie sich zwischen Bäumen aufstellen. Die Schatten der Bäume stimmen dann völlig mit ihren Streifen überein, so daß die fonderbare Art der Schutzfärbung endlich nachgewiesen zu sein scheint.

Notizen.

— Die „Frohen Abende“ des Goethebundes. Von einem Besucher einer der letzten, nicht mehr premerenthaft zugestiegenen „Frohen Abende“ erhalten wir folgende kritischen Anfragen an den Goethebund, von deren Beantwortung die Begeisterung der Bevölkerung für diese Veranstaltungen wesentlich abhängt:

1. Warum hat dieser Abend in einer ungeheizten Sommer-Vierbundbarade stattgefunden? 2. Warum läßt es der Goethebund zu, daß der Dekonom Bier verkehrt, wenn vier Fünftel der Zuhörerschaft aus zwölf- bis sechzehnjähriger Jugend besteht? 3. Wer ist für die Programmabwahl verantwortlich? Das Programm bringt nämlich auch nationalpolitischen und sentimentalen Müll, der lustige Teil bringt paprizierte Kabarettloß! Das bietet der Goethebund der Jugend als geistige Erfrischung! 4. Warum werden die Abende so endlos ausgedehnt? Es empfiehlt sich eine Kürzung des Programms. Um 9/10 Uhr stand noch ein Einakter und eine weitere heitere Nummer auf dem Programm.

Sind die Veranstaltungen in der Tat nur für die Jugend geplant, so darf man ihr nicht Zumutungen stellen, denen selbst ein Großer nicht gewachsen ist.

— Urania. Im großen Auditorium beginnt am Freitag eine Vortragsreihe zu sehr ermäßigten Abonnementklarten. Zunächst spricht Prof. Dr. Kaiser über den „Kreislauf des Stickstoffs in der Natur und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft“.

— Deutscher Monistenbund. Freitag, 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Humbler-Bräu, Tautenbierstr. 7/11, Vergin über den gegenwärtigen Stand der Zellforschung (mit Lichtbildern).

— Die Kalbskopf-Verteuerungsgeellschaft. Aus der „Times“: Junggeheile ohne Anhang, großer Liebhaber von Kalbsköpfen, die aber nur ungeteilt abgeben werden, sucht, da es ihm unmöglich ist, einen Kalbskopf allein zu verpeisen, einen oder mehrere Teilnehmer, die dreimal die Woche mit ihm Kalbskopf essen würden.

aufzuheben, sie schritt rasch mit ihr fort. Sie wagte nicht aufzublicken, ein Gefühl der Scham trieb ihr das Blut in die Wangen: es sahen ja alle Leute nach ihnen. Aber die andere im Stich lassen, das wollte sie nicht.

VI.

Die vom weißen Kalbskopf der Champagne wie die Müller bemehlten Männer hatten ausgelitten, nun hatte es Ruhe da gegeben. Die Feinde waren nicht durchgekommen. Gott sei Dank! Ein Aufatmen ging wie frische Erhebung durch alle Seelen. Was machte es nun, daß der Winter gekommen war und mit ihm Kälte und Grau? Man glaubte bestimmt, jetzt hoffen zu können, und hoffen macht warm und auch heil. Im Frühling war der Krieg zu Ende, nur noch bis dahin Geduld!

Man fing jetzt an, den Krieg recht zu spüren. Nicht, daß man nicht schon längst viel erduldet hätte, aber das große Leid war ein Gefühl gewesen, gewaltig gleich dem Donner des Himmels, vor dem die Kreatur sich schweigend duckt; jetzt kam das kleine Leid mit Kadestücken. Mehl und Brot wurden knapp. Kartoffeln im Brot, das schmeckte nicht; man wurde auch nicht satt davon. Daß man nicht soviel Brot haben konnte, wie man wollte, schürte den Hunger.

„Es geht aber immer noch,“ schrieb Frau von Voigt an ihren Mann. „Ich selber spüre die jetzigen Entbehrungen nicht, sie dünken mich noch Klein. Ich bin ja so dankbar, daß du mir bewahrt bleibst und daß ihr jetzt in Ruhestellung seid nach der gewaltigen Anstrengung in der Champagne. Es gibt jetzt Stunden, in denen ich wieder freier atmen, sogar einmal froh sein könnte, aber Altes Gedächtnis drückt mir zu schwer auf die Seele. Koffi ist seit Wochen ständig in Gefächten an der Tiroler Front; er schreibt ihr selten.“

Vili lag heute auf ihrem Sofa, sie fieberte leicht. Des deutschen Winters war sie zu lange entwöhnt gewesen, die ewige Kälte hatte ihr Husten und Schnupfen gebracht. Und der tiefhängende graue Himmel machte sie schwermütig. Ach, nur ein bißchen Blau, ein bißchen wärmende Sonne — und einen Brief!

Die letzte Nachricht ihres Mannes war vom Ende Oktober gewesen. Nun hatten starke Gefächte an der Grenzbrücke bei Schluderbach stattgefunden. Ach, sie erinnerte sich dieser Brücke so genau!

(Fortf. folgt.)

